

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

62 (13.8.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Organ der KP

2. Jahr Nr. 62

F B S

Mittwoch, 13. August 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Vor einem Linksrutsch in England?

Ziliacus verlangt Wiederaufnahme der Handelsbesprechungen mit UdSSR

London. Die Wirtschaftskrise in Großbritannien entwickelt sich zu einer politischen Krise. Nach der Unterhausdebatte, die einen Mißerfolg des Premiers Attlee brachte, ist die Frage einer Umbildung der englischen Regierung akut geworden. Der Premier hat auch in den eigenen Reihen der Labour starke Opposition. In Parlamentskreisen wird die Ansicht vertreten, daß Attlee veranlaßt werden könnte, abzutreten. Es Cripps mit großem Beifall aufgenommen wurde, woraus man folgert, daß der links von Attlee stehende Handelsminister auf die nahezu einmütige Unterstützung der Mehrheit der Labour-Party rechnen könne, falls eine Regierungskrise eintreten sollte.

London. Attlee gab im Unterhaus seinen Plan zur Verbesserung der britischen Wirtschaftslage bekannt. Er löste nicht nur bei der konservativen Opposition, sondern auch in den eigenen Reihen der Labour heftige Kritik aus. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören längere Arbeitszeit für die Bergarbeiter, Erhöhung der Stahlproduktion, Vorrang für den Transport von Kohle und eine 20prozentige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Sein Sparprogramm sieht auch eine Herabsetzung der englischen Streitkräfte außerhalb des Heimatgebiets, vor allem in Griechenland und Italien vor. Weiter appellierte Attlee an die Arbeiterschaft, keine Lohn erhöhungen zu verlangen. Der Sprecher der Opposition erklärte: „England kann nicht als ständiger Almosenempfänger der Vereinigten Staaten leben. Die große Mehrheit des britischen Volkes lehnt das ab.“ Der dem linken Flügel der Labour angehörende Abg. Ziliacus verlangte die Wiederaufnahme der Handelsbesprechungen mit der UdSSR. Die Lieferung von 10 Mill. DZ sowjetischen Getreides würde sofort einen Preissturz des Getreides in den Vereinigten Staaten zur Folge haben. Weiter forderte er die Regierung auf, mit Washington auf völlig gleichem Fuß zu verhandeln und sich nicht wie ein „bankrotter Schuldner“ zu benehmen. Die linke Labour-Opposition verlangt die sofortige Durch-

führung der Verstaatlichung der Stahlindustrie. Paris. „Humanité“ schreibt, daß mit dem fortschreitenden Verfall des Empire Großbritannien in eine Lage gekommen ist, in der es sich nach und nach dem amerikanischen Imperialismus ausgeliefert hat, der nunmehr keine andere Wahl mehr läßt, als die zwischen einer drakonischen Herabsetzung seines Lebensstandards oder der völligen Unterwerfung.

Verlangt Amerika Zurückstellung der Sozialisierung?

New York. Einem Bericht der „New York Herald Tribune“ vom 4. August zufolge, haben laut „Hessische Nachrichten“ die leitenden amerikanischen Besatzungsbehörden zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialisierung der wichtigen Industrien der US-Zone aufgeschoben werden sollte, bis eine deutsche Zentralregierung in Berlin oder ein separater westdeutscher Staat zustande gekommen sei. Außerdem beabsichtigten die Amerikaner, den Engländern nahezu legen, so mit ihnen zusammenzuarbeiten, daß die Sozialisierung der Hauptindustrien so lange zurückgestellt werde, bis Klarheit über Deutschlands zukünftige Grenzen und Regierung bestehe.

Man rechne damit, daß auch die Sozialisierung in Hessen nach Paragraph 41 der hessischen Verfassung vorerst nicht durchführbar ist, weil ein ausgesprochenes Staats Eigentum nicht erlaubt werden dürfe. Wahrscheinlich würde das Problem mit Hilfe der Treuhänderschaft überbrückt werden.

BELGRAD. Tito erklärte in einem Interview, die Vereinigten Staaten seien dabei, eine Art wirtschaftlicher Blockade um Jugoslawien aufzubauen.

Osteuropäischer Wiederaufbau

London. „Times“ schreibt: „Das Merkmal des Wiederaufbaus in Osteuropa ist die Zusammenarbeit und eine klare Abwendung von alten Feindschaften und Rivalitäten.“ Während die westeuropäischen Länder noch über ihren Wiederaufbau beraten — macht die gemeinsame Planung

in Osteuropa laufend Fortschritte —. Unter russischer Führung würden von den osteuropäischen Ländern die größten Anstrengungen unternommen, den technischen Rückstand gegenüber Westeuropa aufzuholen, ohne dabei westliches Kapital in Anspruch zu nehmen.

„Ein System gegenseitiger Hilfe wird von den osteuropäischen Ländern entwickelt, die der Ueberzeugung sind, daß die alten Methoden des Welt Handels und der Kapitalanlagen im Ausland ihnen weder Güter noch sichere Versorgung mit Rohstoffen, noch feste Märkte für ihre Waren gewährleisten können.“

Berlin. „Neues Deutschland“ kritisiert die Abhängigkeit der Wirtschaftspolitik der Westzonen und erklärt in diesem Zusammenhang, die Wirtschaft der Ostzone habe bewiesen, daß es auch ohne Hilfe, allein mit deutschen Mitteln möglich sei, eine wirtschaftliche Katastrophe zu vermeiden, wie sie in allen Ländern der Westzone eingetreten sei. Das Blatt bezeichnet die Politik der Balkanländer als gutes Beispiel für Europa.

Bekennnis zur Tat

Betriebsrätekonferenz fordert Gewerkschaftseinheit

In Südbaden werden wieder in allen Gebieten Betriebsräte - Konferenzen durchgeführt. Im Mittelpunkt der in den Daimler-Benz-Werken in Gaggenau durchgeführten Konferenz standen die Referate der Koll. Faulhaber (Badischer Gewerkschaftsbund Freiburg), Warke (FDGB, als Vertreter der sowjetischen Zone), und Geisler (FDGB Berlin). Was auf der Tagung dargelegt wurde, ging weit über den Rahmen einer Gebietskonferenz hinaus und hat grundsätzliche Bedeutung für den Kampf der deutschen Arbeiterschaft gegen das kapitalistische Unternehmertum.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 22 (Betriebsrätegesetz) ist in Form und Inhalt eine für uns neue Erscheinung in der Gesetzgebung. Wenn man jenes der in Deutschland bisher üblichen Gesetzgebungswerke erwartet hatte, das jedem Einzelnen genau vorschreiben sollte, was er zu tun und zu lassen hätte, dann hatte man sich getäuscht. Nach der Meinung der Besatzungsmächte ist es nicht ihre Aufgabe, den Deutschen die Demokratie fix und fertig aufzubauen, sondern ihre Gesetzgebung beschränkt sich darauf, den Rahmen zu geben, in dem wir unsere Demokratie selbst nach unseren besonderen Verhältnissen aus dem Leben der Praxis heraus zu gestalten haben. So ist es unsere Sache, dieses Rahmen-Betriebsrätegesetz — das erste Kernstück des neuen demokratischen Wirtschaftsrechts — mit Leben zu erfüllen. Gerade an ihm wird es sich erweisen, wie die deutsche Arbeiterschaft ihren demokratischen Selbstgestaltungswillen in die Tat umsetzt. Darum ist es nicht in erster Linie Sache des Staates, Ausführungsgesetze von oben herunter zu erlassen, weil dadurch die Gefahr besteht, daß das sich neubildende Leben der Wirtschaft gleich wieder in den spanischen Stiefel der Bürokratie gezwängt würde. Die neue Wirtschaftsformung kommt von unten, aus dem praktischen Leben

Am 13. und 14. September

Gedenktag für die Opfer des Faschismus

Freiburg (VVN). Mitte September wird in allen vier Zonen Deutschlands der Gedenktag für die Opfer des Faschismus gefeiert. Dieses Jahr wird diese Feier erstmals auch in Südbaden in Erinnerung an die heldenhaften Opfer im Widerstand gegen den Faschismus begangen werden. Der Tag steht unter dem Vermächtnis der Millionen Toten des Naziterrors:

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! — Für eine Welt der Demokratie und des Friedens!“

Neben würdigen Gedenkfeiern am 13. oder 14. September, die durch die neugegründete überparteiliche Organisation VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) durchgeführt werden, soll insbesondere auch der Jugend das Gedenken eine lebendige Vorstellung von der opfervollen deutschen Widerstandsbewegung übermitteln.

Der Vorstand der VVN Südbaden hat sich an die Regierung in Freiburg gewandt, damit dieses Jahr in Südbaden in allen Schulen in Feiern am 13. September, wie sie im Vorjahre bereits in Nordbaden durchgeführt wurden, die Bedeutung dieses Tages gewürdigt wird.

Jagd auf Spankorb und Handtasche

Für wen gelten eigentlich die Anordnungen?

Wenn unsere Frauen und Mütter aufs Land gehen, um für die bevorstehenden schweren Wintermonate etwas Obst und Gemüse zu holen, oder wenn der Arbeiter nach Feierabend — müde von der Berufsarbeit mit dem Fahrrad zu diesem Zweck hinausfährt, dann sind das keine Hamster- und Schwarzhändlerfahrten, sondern Erfordernisse der Not. Früher hatte das Staatskommissariat dieser Tatsache Rechnung getragen und kleinere Mengen Obst und Gemüse freigegeben. Heute aber schickt diese Behörde Erfassungstrupps besonders in den Kreis Bühl, um in rigoroser Weise der notleidenden Bevölkerung das Wenige abzunehmen, das sie sich mit großen Kosten und Mühen geholt hat. Erschütternde Szenen spielen sich an den Bahnhöfen des Kreises ab, wenn die Frauen mit geleerten Körben nach Hause fahren müssen.

Schärfster Kampf gegen die berufsmäßigen Schwarzhändler und arbeitsscheuen Gelegenheitsmacher ist dringend notwendig. Sie sind es, die unsere einheimische arbeitende Bevölkerung auf das Schwerste schädigen. Der „Kampf gegen Spankorb und Handtasche“ scheint aber wohl der einfachere zu sein. So geht es aber nicht, und die Erbitterung in der Bevölkerung ist groß. Kleine und kleinste Mengen werden von eigenartigen Zivilisten mit der Armbinde „Staatskommissariat für Ernährung“ bei den „Kleinen“ beschlagnahmt.

UNSER TAG hatte schon vor einiger Zeit an das Staatskommissariat für Ernährung eine Anfrage in dieser Angelegenheit gerichtet, und damals die Erklärung erhalten, ein derartiger Kampf sei keineswegs beabsichtigt. Leider müssen wir heute das Gegenteil feststellen. Wir haben uns darum zunächst an das Landratsamt Bühl gewendet und am 10. August folgende aufschlußreiche Antwort erhalten:

„Es trifft nicht zu, daß die uns unterstehenden polizeilichen Ueberwachungsorgane die Anweisung haben, jede auch kleine Obstmenge zu beschlagnahmen. Die uns unterstellten Polizeiorgane halten sich an die vom Ministerium des Innern ergangene Weisung, wonach 8 kg Obst und 5 kg Gemüse transportiert werden dürfen. Nun sind aber im Kreis Bühl von Seiten des Staatskommissariats für Ernährung eine große Anzahl von Personen zur Obstkontrolle eingesetzt worden, die unserer Dienstaufsicht nicht unterstehen und denen gegenüber wir auch keine Weisungsbefugnis haben. Von Seiten dieser Beschlagnahmetrupps des Staatskommissariats für Ernährung ist tatsächlich ein Kampf gegen Spankorb und Handtasche geführt worden, der uns selbst untragbar schien. Wir haben uns daher am 25. Juli und am 5. August 1947 an das Ministerium des Innern in Freiburg gewandt, und unter eingehender Darlegung des Sachverhalts gebeten, im Einvernehmen mit dem Staats-

kommissariat für Ernährung wieder Verhältnisse zu schaffen, die eines Rechtsstaates würdig sind und insbesondere im Interesse der Rechtssicherheit sofort die zulässigen Freimengen an Obst und Gemüse, die von einer Person mitgeführt werden dürfen, eindeutig festzulegen und bekannt zu geben, da die bisher ergangenen diesbezüglichen Weisungen von den Bediensteten des Staatskommissariats für Ernährung nicht anerkannt werden.“

Eine Entscheidung ist uns noch nicht zugegangen. Wir legen indes besonderen Wert darauf, ausdrücklich festzustellen, daß am Kampf gegen Spankorb und Handtasche Polizeiorgane des Kreises Bühl nicht beteiligt sind.“

Das Staatskommissariat für Ernährung hat nun das Wort. UNSER TAG wird den eigenartigen Methoden des Staatskommissariats im Interesse unserer notleidenden Bevölkerung und im Interesse der Rechtssicherheit im jungen badischen Staat auch weiterhin seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

„Keine Paragraphen-Justiz“

Das Programm des sozialdemokratischen Justizministers Dr. Nordmann

Freiburg. Der Staatspräsident hat den neuen Justizminister Dr. Nordmann in sein Amt eingeführt und gleichzeitig dem bisherigen Staatssekretär der Justiz, Streng, für die geleisteten Dienste den Dank ausgesprochen. In längeren Ausführungen, vor den versammelten Beamten, wies Staatspräsident Wohleb auf die Notwendigkeit hin, daß die Rechtspflege wieder in ein Vertrauensverhältnis zum Volke kommen müsse. Justizminister Dr. Nordmann seinerseits betonte, daß das Recht wieder zum Fundament alles staatlichen Lebens gemacht werden müsse. Er sehe es als seine erste Aufgabe an, die Rechtspflege, die in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft so sehr geschändet worden sei, wieder zu Ehren zu bringen. Was wir unserem Volke geben wollen, sei eine volksnahe Justiz, die auch auf gemeinverständlichen Gesetzen beruhen müsse. Das Laienelement, das in unseren alten Schöffen- und Geschworenengerichten vertreten war, müsse wieder in unsere Gerichtsverfassung eingebaut werden. Der Richterstand dürfe nur aus zuverlässigen Personen bestehen, die den heutigen Staat bejahen und ihn in ihren unabhängigen richterlichen Entscheidungen gerecht und tatkräftig stützen. Der Richter, wie auch der Staatsanwalt dürften nicht allein den nackten Paragraphen sehen, sondern müßten auch mit dem

Herzen in die einzelnen Fälle einzudringen versuchen. Nur auf diese Weise könne, — soweit dies menschlich überhaupt möglich sei, — ein gerechtes Urteil zustande kommen. Nichts sei verderblicher für das Rechtsempfinden, als das Gefühl, ungerecht behandelt zu sein.

Der neue Justizminister Dr. Nordmann steht im 57. Lebensjahr. Er ist in Lörrach geboren, wo er auch Volksschule und Gymnasium besucht hat. Nach einem Rechtsstudium an den Universitäten Lausanne, Freiburg, Straßburg, München und Berlin trat er im Jahre 1913 in den Bad. Staatsdienst ein, war noch während seiner Referendardienst an verschiedenen Staatsanwaltschaften Amtsanwalt und Gehilfe des Staatsanwalts und während längerer Zeit Richter an den Amtsgerichten Rastatt und Schwetzingen. Seit 1917 ist er im Dienste der inneren höheren Staatsverwaltung als Regierungsrat gewesen, zuletzt beim Landratsamt Karlsruhe, wo er nach der Machtübernahme durch die NSDAP schon am 6. 4. 1933 außer Dienst gestellt wurde. Nach Jahren der Emigration kehrte Dr. Nordmann im Mai 1945 zurück, um wieder im höheren Verwaltungsdienst als Landrat und als Landeskommis-sär in Konstanz verwendet zu werden.“

Großrazzia in Nordseebädern

Berlin. (Südna) Zu einer Großrazzia in den Nordseebädern Westerland, Niendorf, Timmendorf und Scharbentz riegelte englische und deutsche Polizei sämtliche Vergnügungsorte und Hotels ab. Die Direktoren und ein Teil der Gäste wurden verhaftet. Im Luxushotel „Immenhof“ (Timmendorf) wurde festgestellt, daß der Inhaber mehr als eine Million für den Ausbau seines Unternehmens ausgegeben hat. Die Razzia war auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Lüdemann von Schleswig-Holstein durchgeführt worden.

Auch Minister Stoß war Nazi

Stuttgart. Gegen den württ. Ernährungsminister Heinrich Stoß wurde ein Verfahren eingeleitet. Aus Dokumenten soll hervorgehen, daß der Minister in den ersten Jahren des Naziregimes als Kreisbauernführer des Bezirkes Blaubeuren nazistische Propaganda betrieben habe und ferner Hospitant der NSDAP-Fraktion im württembergischen Landtag gewesen sei.

Die KP zu Regierungsbildung und Regierungserklärung

Stellungnahme des Gen. Eckert im Landtag

Freiburg. Anschließend an den Bericht in unserer letzten Nummer bringen wir folgende Auszüge aus der Stellungnahme des Sprechers der KP zur Regierungserklärung und Regierungsbildung.

Gen. Eckert führte aus, die Regierungserklärung könne nicht als eine „Regierungserklärung“ im eigentlichen Sinne betrachtet werden, da die CSV-SP-Regierung nach den Worten des Staatspräsidenten selbst ein Provisorium, eine Verlegenheitslösung sei, die bald durch eine Allparteienregierung abgelöst werden müsse.

Es sei vor allem durch ein unzulängliches Verfahren zur Regierungsbildung keine tragfähige Regierung entstanden. Die KP sei zunächst auf Beschluß der CSV völlig von allen Verhandlungen ausgeschlossen worden, trotz ihrer Bereitschaft zur vollen Mitarbeit. Es habe ein „Ringeln um möglichst großen Einfluß der einzelnen Parteien für sich selbst“ eingesetzt, zuvor seien weder Grundlagen für einen organisatorischen Aufbau der neuen Regierung geschaffen, noch ein verbindliches Regierungsprogramm vorgelegt worden. Erst nach so gut wie ergebnislosem Abschluß der Verhandlungen über die Regierungsbildung, habe der Präsident im „Ministergesetz“ einen Vorschlag für die Zuständigkeit der künftigen Ministerien eingebracht. Das Ministergesetz sei jedoch nach Ansicht der KP kein Versuch einer solchen grundsätzlichen Neuordnung des Kabinetts. Der Organismus eines arbeitsfähigen Kabinetts müsse anders aussehen, er könne nicht bedingt werden durch das „Beharrungsvermögen einer nach Freiburg verlegten karlsruher Ministerialbürokratie“. Er setze die Meinung der KP zur Aufteilung der Arbeitsgebiete der einzelnen Ministerien auseinander und forderte die durch die Zeit bedingte Errichtung eines Ministeriums für Bauwesen und Technik, das sich aus bisher zersplitterten Verwaltungsteilen zusammensetzen und die Abteilungen Verkehr, Post, Eisenbahn und Schifffahrt umfassen solle. Das Wirtschaftsministerium solle in ein Wirtschafts- und ein Ministerium für Arbeit und Sozialfragen getrennt werden. Gen. Eckert betonte, daß durch die dadurch entstehende Erhöhung der Zahl der Ministerien von 6 auf 8 in keiner Weise höhere Kosten entstehen würden, sondern nur eine zweckmäßige Umgruppierung vorhandener Abteilungen und eine notwendige Konzentration ihrer Funktionen herbeigeführt würden. Die Erklärung vermeide mehr als allgemeine Erwartungen und Wünsche, Absichten und Hoffnungen des Staatspräsidenten. Die Kommunistische Partei hätte dagegen ganz besonders in der augenblicklichen Lage klare Forderungen erwartet.

Bei der Behandlung der Aufgaben der neuen Ministerien setze Gen. Eckert zunächst im Zusammenhang mit dem Landwirtschafts- und Ernährungsministerium die Forderungen der KP auf einen umfassenden Anbauplan, auf Sicherung der Beschaffung von Saatgut, Maschinen, Dünger usw. erneut auseinander. Er fragte an, welche Vorbereitungen zur Erfassung und Verteilung der Ernte seit der Bildung des neuen Landtages getroffen worden seien.

Die gegenseitige Hilfe der Landbevölkerung mit Maschinen, Saatgut usw. müsse mit allen Mitteln gefördert werden. Für Leistungen, die über seinem Soll liegen, solle der Bauer die „freie Spitze“ zum freien Verkauf und für Arbeiten zur Instandhaltung seiner Geräte verwenden können. Die „Hamsterei im Kleinen“ dürfe man nicht einfach, wie es die Regierungserklärung tue, als „reine Ich-Sucht und amoralisch“ bezeichnen, sondern dazu führe die Not und die Sorge im Volk. Für Schieber und Schwarzhändler fordere die Partei allerdings erneut drakonische Strafen. Er begrüße den Vorschlag, Ausschüsse aus Erzeugern, Händlern, Verbrauchern und Hausfrauen zur direkten demokratischen Kontrolle einzuführen — eine Forderung, die ganz besonders die KP seit dem Zusammenbruch immer wieder erhoben habe, leider bisher ohne die ausreichende Unterstützung der anderen Parteien. Zur Frage der Bodenreform sei die Regierungserklärung völlig unzureichend; kein Wort über Erfassung und Entzerrung des großen Grundbesitzes, kein Wort über die Entziehung des Bodens aus den Händen der großen Naziverdiener! Für die Industrie sei mindestens ein Vierjahresplan nötig. Die Regierung müsse alle ihre Bemühungen darauf setzen, die Erfüllung der Zusagen der Militärregierung auf eine Steigerung des Exports, der mit aller Energie organisiert werden solle, zu erhalten. Gegen Staatskapitalismus der Nazis und Zwangswirtschaft müsse die neue

Plan- und Bedarfswirtschaft verantwortungsbewußter Unternehmer treten. Auf das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften käme es an. Die Industrie- und Handelskammern müßten in paritätisch aus Unternehmern und Gewerkschaften zusammengesetzte Wirtschaftskammern umgebildet werden.

Es sei kein Wort über die dringend notwendige Lohnerhöhung gesagt, ebenso seien keinerlei Angaben über eine Wiederaufbauplanung in der Regierungserklärung enthalten. Erfreulich sei, daß zur weiteren Gesetzgebung über die Sozialversicherung der Badische Gewerkschaftsbund herangezogen werden solle. Die finanzielle Lage und die Frage der Behebung der Verschuldung des Staates müsse vor allem auch durch die Heranziehung der Vermögen der großen Verdiener des Dritten Reiches gelöst werden. Die Wiedergutmachung für diejenigen, die unter dem Faschismus gelitten haben, sei nach wie vor eine ganz besonders dringende Aufgabe. Die Volkshochschulen müßten mit allen Mitteln gefördert werden. Es werde erwartet, daß alles zur Förderung der bewährten Simultanschule getan werde und jede Konfessionierung sowohl der Schüler, als auch der Lehrerschaft vermieden werde. Insbesondere dürften junge Lehrer und der Lehrernachwuchs keine Be-

hinderung erfahren, wenn sie sich nicht konfessionell bänden. Die Partei nehme gern zur Kenntnis, daß irgendwelchen Naziumtrieben an der Universität gesteuert werden solle! Sie fordere neben Vertretern der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre einen Lehrstuhl für die sozialistisch-marxistische Theorie. Zur Entnazifizierung müsse noch einmal gefordert werden, daß die großen Nazis erfaßt und besonders die kleinen geschont würden. Der betreffende Abschnitt der Regierungserklärung erwecke leider den Anschein, als sei es die Aufgabe der kommenden Regierung, über das Staatskommissariat für politische Säuberung in erster Linie die Rehabilitierung der bisher „so ungerecht behandelten“ Nationalsozialisten zu erreichen. Die Tatsache vieler durch unzulängliche Methoden verursachten Fehlentscheidungen dürfe trotzdem nicht zu einem Generalangriff gegen die Notwendigkeit der politischen Säuberung mißbraucht werden. Obwohl das neue Säuberungsgesetz bereits im März geschaffen worden sei, sei seine Durchführung heute noch nicht gesichert. Die Zusammensetzung der Kammern nach dem Gesetz sei noch nicht durchgeführt, vor allem sei auch noch nicht sicher, ob die Juristen gefunden werden könnten, die sich als Vorsitzende dieser wichtigen politischen Aufgabe unterziehen würden.

Presse-Echo zur Regierungsbildung

DAS NEUE BADEN (Lahr)

„Die Demokratische Partei hat von Anfang an erklärt, daß sie eine Regierungsbildung auf breiter Basis im Hinblick auf die Not für wünschenswert halte. Sie hat sich deshalb auch nicht grundsätzlich ablehnend gegen die Einbeziehung der Kommunisten ausgesprochen. Ebenso deutlich aber hat die DP von Beginn der Regierungsverhandlungen an betont, daß ihrer Ansicht nach das Wirtschaftsministerium durch diejenigen Parteien besetzt werden müßte, die sich durch Annahme der Verfassung zu deren wirtschaftlichen Grundrechten bekannt hatten. Diese Auffassung wurde auch von der BCSV geteilt.“

DAS VOLK (Freiburg)

Die SP hat sich nur mit schwersten Bedenken und nach reiflicher Überlegung dazu entschließen können, der jetzigen Notlösung zuzustimmen. Sie hält die Argumentation der Demokratischen Partei ebensowenig für gerechtfertigt wie die Haltung der BCSV, auf Grund der Haltung der Demokraten nunmehr die Kommunistische Partei von der Regierungsbildung fernzuhalten. Denn es verträgt sich nicht mit der Idee einer wirklichen Notgemeinschaft, daß ein aufbauwilliger und aufbaubereiter Teil ausgeschlossen wird, nur weil ein anderer Teil mehr aus persönlichen als aus prinzipiellen Erwägungen heraus sich vorerst noch von dieser Gemeinschaft fernhält. „Die SP ist nach wie vor der Meinung, daß hier nicht eine schwarz-rote Koalition gebildet werden ist, sondern lediglich der Kern jener Notgemeinschaft die im Grunde alle Parteien für nötig halten und die alle wünschen.“

SÜDWESTDEUTSCHE VOLKSZEITUNG (Freiburg)

„Würde es sich darum gehandelt haben, eine Regierung schlechthin aufzustellen, so hätte sich kein Problem ergeben. Die BCSV wäre dank dem Ergebnis der letzten Wahlen gut und bequem in der Lage gewesen, das Werk allein durchzuführen.“

Wenn dieser möglichen Lösung nicht näher getreten worden ist, so geschah dies deshalb, weil, wie der Staatspräsident in der Regierungserklärung gesagt hat, die „kollektivne eine Kollektivverantwortung erheischt.“ Dieser Forderung der Stunde scheint nicht allenthalben die gleiche Dringlichkeit beigegeben zu sein.

SÜDKURIER (Konstanz)

„Für die naiven Betrachter nimmt sich die Regierung ein wenig merkwürdig aus. Sie besteht nämlich auf den Christlichen, die für die Verfassung und gegen jede sozialistische Tendenz, und den Sozialdemokraten, die gegen die Verfassung und für eine sozialistische Tendenz sind. Da es sich bei jeder politischen Arbeit um die Verwirklichung der verfassungsmäßigen Grundlinien handelt, ist eine Zusammensetzung einer Regierung aus diametral entgegengesetzten Kräften mehr als ein Schönheitsfehler.“

Friedrich Munding (DP).

„Die Regierungsbildung in Freiburg hat in entmutigender Weise die Unfähigkeit der verantwortlichen bürgerlichen Parteipolitiker offenbart, die gesamten Kräfte unseres Volkes zusammenzufassen, um die Not gemeinsam zu meistern. Stattdessen bietet Südbaden der Welt das traurige Schauspiel eines Kleinstaatens, dessen Parteien ungeachtet von Hunger und Not sich befehdeten.“

Die Kommunistische Partei hat bis zur letzten Stunde ihre Bereitschaft zur Verantwortung unter Beweis gestellt. Diejenigen, die uns den Weg in die Opposition aufgezeigt haben, werden sich in nicht allzuferner Zeit darüber Rechenschaft abzulegen haben, ob dieser Entschluß von staatsmännischer Klugheit zeugte. Andererseits haben wir Kommunisten diesen Weg nicht zu scheuen. Als Sprachrohr der werktätigen Massen werden wir unseren Widerspruch gegen alle volksfeindlichen Bestrebungen jederzeit laut und vernehmlich zu Gehör bringen.“

Wir können einer Regierung, deren Regierungsprogramm entscheidende Schwächen aufzuweisen hat und die ihr Zustandekommen einer Zufallskoalition verdankt, keine lange Lebensdauer voraussetzen. Unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen verantwortungsbewußten Kräften — allerdings auf der Basis der von uns wiederholt formulierten Mindestforderungen — bleibt nach wie vor bestehen. Rudi Goguel (KP)

Von meiner süddeutschen Reise / Georg Schöpflin

Eindringlich und seit Monaten öfters wiederholt war von süddeutschen Sozialisten der Wunsch geäußert worden, Vertreter der SED aus der Ostzone sollten in öffentlichen Versammlungen über die brennenden politischen Fragen, von denen die Zukunft Deutschlands abhängt, sprechen. Diesem Wunsche entsprochen in den Tagen vom 14. bis 29. Juli verschiedene Vertreter der SED. Die Aufgabe, die wir uns gestellt und konsequent auch durchgeführt haben, lautete: Für die Einheit Deutschlands und der sozialistischen Bewegung energisch einzutreten, die Schäden des heutigen Zonenzustandes darzulegen, die große Gefahr des „Föderalismus“ und Separatismus aufzuzeigen und den süddeutschen Zuhörern wahrheitsgemäß zu sagen, welche Ziele wir uns in der Ostzone gesteckt und welche Arbeit wir gemeinsam mit den anderen Blockparteien für das schwere Werk des Aufbaus bisher geleistet haben. Ebenso konsequent vermieden wir es, Angriffe gegen die SPD oder eine andere Partei zu richten; wir wollten aufklären und einigen, nicht aber hetzen und zerreißen.

In all unseren Versammlungen fand die Parole „Einheit Deutschlands und der sozialistischen Bewegung“ begeisterte Zustimmung. Außerdem wurden noch eine Anzahl von Funktionär- und Betriebsrätekonferenzen abgehalten, an denen sich Vertreter der beiden sozialistischen Parteien beteiligten.

Haltung und Taktik der SPD-Führungen und ihrer Mitglieder waren verschieden. In einzelnen kleineren Städten war gemäß den ausgegebenen Parolen Nichtbeteiligung zu beobachten, in anderen fanden sich die Sozialdemokraten sehr zahlreich ein und bekundeten lebhaft ihre Zustimmung zu Einheit. Das war vornehmlich dort der Fall, wo in der kommunalpolitischen Betätigung beide Parteien kameradschaftlich zusammenarbeiten.

Es ist leider eine Tatsache, die uns an Ort und Stelle vielfach einwandfrei bestätigt worden ist, daß Elemente, die aus meistens nicht ehrenhaften Gründen es für ratsam hielten, die Ostzone zu verlassen, in gewissen Kreisen Aufnahme und Unterstützung finden, sobald sie über die angebliche „Bolschewistenherrschaft“ in der Ostzone den tollsten Schwindel erzählen. Was wir darüber gehört haben, ist manchmal kaum noch fassbar; Goebbels und seine Spießgesellen haben gelehrige Schüler gefunden. Aber das Geschäft lohnt sich, zumal wenn es mit einem schwungvollen Schwarzhandel mit Zigaretten, Schnaps und dergleichen verknüpft wird. Es wurde uns nachgewiesen, daß 80 Prozent der Grenzgänger kriminelle Elemente sind. Diese Elemente sind bereits zur wahren Landplage geworden, aber ganz offenbar gern gesehene Helfershelfer der bayrischen und sonstigen Reaktionäre. Volks-

Wußten sie, was sie taten?

„Segne besonders unseren Führer und obersten Befehlshaber in allen Aufgaben, die ihm gestellt sind. Laß uns alle unter seiner Führung in der Hingabe an Volk und Vaterland eine heilige Aufgabe sehen.“

Das ist natürlich wieder eine verlogene Erfindung der Kommunisten. Niemals hat es solche Gebete gegeben! Oder etwa doch?

Der zitierte Text stammt aus dem „Gebet für Führer, Volk und Wehrmacht“, das im katholischen Feldgesangbuch auf Seite 20 steht. Und dieses Feldgesangbuch ist nicht etwa gegen den Willen der Geistlichkeit gedruckt und dem katholischen Soldaten in die Hand gedrückt worden. Es trug vielmehr schon äußerlich das Imprimatur des katholischen Feldbischofs der Wehrmacht vom 24. 8. 1939.

Eine jetzt in allen Buchläden ausliegende Schrift mit Texten der Bischöfe Graf Galen und Kardinal Preysing heißt: „Wir wußten nicht davon“. Und es ist richtig, daß zahlreiche ehrliche und wahrhaftige Vertreter der Kirche, darunter auch die Genannten, Hitler bekämpft haben. Heute aber sucht man diese vereinzelt Verdienste als den Kampf der Kirche als Ganzes gegen den Nazismus hinzustellen, ja, man vermißt sich im kirchlichen Lager das allein antifaschistische Erblichen zu wollen — dies, obwohl allen sichtbar nirgends so viel lediglich äußerlich überlätzte Nazis untergekommen sind, besserer Zeiten harrend, als gerade hier.

Da ist es gut, sich des katholischen Feldgesangbuches zu erinnern, das mit bischöflicher Imprimatur den Segen des Herrn auf den längst als Verbrecher offenbarten „Führer“ herabrief. Zum Glück umsonst für die Welt der anständigen Menschen mit und ohne Konfession. G.

„Offizieller Schwarzmarktladen“

Unter dieser Schlagzeile bringt die letzte Nummer der „Südwestd. Vz.“ folgende Notiz:

München. Ein offizieller Schwarzmarktladen ist jetzt von der russischen Kommandantur in Erfurt eingerichtet worden, wie die „Neue Zeitung“ berichtet. Lebensmittel, Brot, Schnaps, und Zigaretten werden in diesem Laden zu Schwarzmarktpreisen verkauft. Die Preise betragen zum Beispiel 2,40 RM für eine Zigarette oder 45 RM für ein Brot. Deutsche und Russen sind kaufberechtigt, die Bedienung wird von einem russischen Soldaten vorgenommen.

Was mit dieser Meldung vom Schwarzmarktladen „eines russischen Soldaten“ bezweckt werden soll, ist offenkundig. Da die Notiz in der Presse bereits Ende Juli durch eine Mitteilung des Polizeidirektors von Erfurt demontiert wurde, wonach nirgends in Erfurt solch ein Geschäft existiert, bleibt nur noch die Frage, warum am 9. August die SVZ solche Meldungen weiter kolportiert.

feinde aller Gattungen, die die bereits bestehende und künstlich geschaffene Kluft zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands zu vertiefen trachten.

In diese hohe und dicke Mauer von Unkenntnis, Verdächtigung und Verleumdung ist, das hat man uns überall und übereinstimmend erklärt, eine Bresche gebrochen worden. Auch im Süden Deutschlands, wo die ebenfalls durch das Hitlerium planmäßig herbeigeführte wirtschaftliche und politische Not nicht geringer ist als in der Ostzone, wird die Erkenntnis Fortschritte machen, daß ohne Einheit kein Weg aus Not und Drangsal ins Freie führt.

Karlsruhe. (U.T.) Schöpflin sprach in der Stadt seines Jahrzehntelangen Wirkens innerhalb der SPD, vor über Viertausend, die ihm begeistert zustimmten. In der Diskussion erlebte Dr. Dietrich, der soz. Parteivorsitzende, eine glatte Niederlage, als er glaubte, mit Unsachlichkeit und persönlichen Verunglimpfungen auftreten zu können. Der 2. Vorsitzende der SPD, Heilmann, bekannte sich zur Einheit der Arbeiterbewegung. Der ADGB-Sekretär Nies, ein alter Sozialdemokrat, solidarisierte sich unter dem allgemeinen Beifall der Versammlung mit den Ausführungen des Gen. Schöpflin und rief alle Sozialisten auf, sich die Hand zu reichen im gemeinsamen Kampf für das gemeinsame Ziel.

Kalorien im Juli

Konstanz. Für die Normalverbraucher in Konstanz wurden für Juli folgende Lebensmittel ausgegeben: Brot 6200 Gramm (490 Tageskalorien), Fleisch 40 Gramm (27), Fett 220 Gramm (51), Käse 125 Gramm (8), Teigwaren 250 Gramm (28), Hülsenfrüchte 400 Gramm (45), Suppenzeugnisse 100 Gramm (10), Fische 750 Gramm (16), Eier drei Stück (6), Magermilch 31/8 Liter (48), Kartoffeln 9000 Gramm (204). Für Juli ergibt sich also eine tägliche Kalorienzahl von 927. Ferner wurden an Nachlieferungen für den Monat Mai verabfolgt: Zucker 450 Gramm (58), für den Monat Juni 300 Gramm Malsmehl (33), Hülsenfrüchte 1800 Gramm (203), Fleisch 240 Gramm (12). Die Nachlieferungen ergeben 306 Kalorien.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1.
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. — Verlag: Südwest-Verlag-GmbH, (17b) Offenburg, Hauptstr. 118. Postfach 361, Fernruf 2207. — Erscheint mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatl. 1,50 Mk. — Abbestellen: b. Postbezugsamt, Bestellschein Nr. 1. Buchdruckerei A. Reiff & Co., Offenburg

Deutschland-Rundschau

GEGEN „SCHWARZE BAUVORHABEN“ wandte sich ein Sprecher der britischen Militärregierung. Während Tausende ohne winterfeste Wohnungen seien, würden Restaurants und ähnliche Bauvorhaben durchgeführt.

DER EHEMALIGE NACHTFLUGHAFEN HANGLAR bei Bonn, der 2500 Morgen umfaßt, wird der bauerlichen Bewirtschaftung, Fluchtlingen und Industrie zugeführt.

WEGEN ZURÜCKHALTUNG VON 38 000 Liter MILCH verurteilte das Militärgericht in Kirchen a. d. Sieg 15 Bauern zu John Geldstrafen und in zwei Fällen zu Gefängnisstrafen.

27 000 LEHRER UND ERZIEHLER (das sind 97 Prozent aller Lehrkräfte) im Land Brandenburg sind Mitglieder des FDGB.

3000 BERGLEUTE DER OSTZONE treten dieser Tage ihren Sonderurlaub an den Seebädern Usedom, Zinnowitz, Kuserow, Ahlbeck und Heringsdorf ab. Der erste Transport ist bereits in Usedom eingetroffen.

DEMOKRATISCHE KONTROLLEN zur Überprüfung der Einhaltung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wurden in der gesamten Mark Brandenburg gebildet. Die Kommissionen setzen sich aus Vertretern der FDGB, der Frauen-

ausschüsse und der VdgB zusammen.

AUF DER LEIPZIGER MESSE wird eine Außenhandelsbesprechung von der Zentralverwaltung für Handel veranstaltet werden.

HEPHEINE, DIE WITWE DES ENKAISERS WILHELM II.

Welt-Chronik

ATHEN. Nach vierstündiger Beratung hat das Sondergericht den deutschen Unteroffizier Schubert, der wegen Kriegsverbrechen angeklagt war, zum Tode verurteilt.

NEW YORK. Dank eines neuen chemischen Verfahrens wird Penicillin nächstens zum medizinischen Gebrauch in Kaugummistücken oder Pillen verarbeitet.

Schanghai. Die Militärbehörden verhafteten in Schanghai diejenigen Deutschen, die auf der Liste der „Pro-Nazis“ vermerkt sind.

WASHINGTON. Präsident Truman hat eine Einladung der brasilianischen Regierung zu einem dreitägigen Besuch angenommen.

NEAPEL. Eine amerikanische Flottendivision aus den Kreuzern „Fargo“ und „Hutington“ sowie einer Torpedobootflottille sind im Hafen von Neapel eingetroffen.

WASHINGTON. Staatssekretär Marshall erklärte, nach Annahme der Dreierbesprechung über das deutsche Industriepotential durch Frankreich fände die Konferenz voraussichtlich in Washington statt.

PEKING. Die USA geben der Kuomintang-Regierung amerikanische Ausrüstung für 100 Brigaden.

WIEN. In Oesterreich haben alle Schulen nach dem Auftreten der spinalen Kinderlähmung geschlossen. Bisher gab es 638 Kranke, 19 Tote. Einzelne Orte sind unter Quarantäne.

Betriebsrätekonferenz in Gaggenau

Eigener Bericht UNSER TAG - Fortsetzung der 1. Seite

Die Ausführungen des Koll. Faulhaber (Freiburg) zeigten die Bedeutung der Betriebsrätearbeit für den Neubau der Wirtschaft. Die Betriebsräte dürfen nicht nur Interessenvertreter ihrer Belegschaften sein, sondern sie müssen darüber hinaus zu tragenden Wirtschaftsorganen werden, welche auf Grund des Mitbestimmungsrechts mit dem Unternehmer zusammen den Betrieb leiten. Es ist nicht damit getan, daß der Unternehmer in den Sitzungen der Betriebsräte einen flüchtigen Überblick über den Stand des Betriebs und über die Bilanz gibt. Die Bilanzbesprechung muß zu einer eingehenden Prüfungsarbeit werden, die in Arbeitskommissionen zusammen mit Buchprüfern durchzuführen ist. Dasselbe gilt für die Produktionsüberwachung, für die sachverständige Spezialisten aus dem Betrieb heranzuziehen sind. Niemand ist auch besser in der Lage, eine rationelle Betriebsführung zu garantieren, als die Betriebsräte, weil sie in dauernder Verbindung mit den Arbeitskollegen stehen, am genauesten die technischen Vorgänge und Arbeitsmethoden ihres Betriebes kennen, und darum als erste sehen, wo und welche Verbesserungen angebracht sind. Bei allen ihren Arbeiten müssen sich die Betriebsräte aber davor hüten, in die schädlichen Bahnen des Betriebsegoismus zu verfallen. Immer haben sie das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft im Auge zu behalten, und für rationellsten Einsatz der Fachkräfte im zwischenbetrieblichen Ausgleich zu sorgen. Ferner muß es zu einer selbstverständlichen Gewohnheit werden, daß bei jeder Betriebsratssitzung ein Gewerkschaftsvertreter anwesend ist.

Altes und neues Recht

In Südbaden wurden aus dem vor 1933 geltenden Betriebsrätegesetz eine große Anzahl von Bestimmungen wieder in Kraft gesetzt. Wenn sie auch für die Uebergangszeit eine gewisse Hilfe bilden, so dürfen sie im neuen Betriebsrätegesetz nicht voll maßgebend sein, weil noch eine Menge reaktionärer Fußangeln in ihnen enthalten sind. Die Betriebsräte müssen sich darum diese alten Bestimmungen sehr genau ansehen. Dabei sei z. B. auf Par. 66 verwiesen, der von einer Unterstützung des Unternehmers spricht, wobei sich die Betriebsräte davor hüten müssen, nicht die mehr oder weniger erkennbaren kapitalistischen Betriebsziele des Unternehmers zu „unterstützen“. Auch die Auslegung über die Sicherung des Betriebes vor Erschütterungen hat für den Betriebsrat verborgene Schlingen.

In dem vom Bad. Gewerkschaftsbund ausgearbeiteten Entwurf eines Betriebsrätegesetzes im Rahmen des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 gibt es keine Arbeiterräte und Angestelltenräte mehr, sondern nur in einheitlichem Verfahren gewählte Betriebsräte als Vertreter aller Werktätigen, welche die

UNSER TAG bittet alle Betriebsräte um laufende Informationen über die Schwierigkeiten, welche von Unternehmenseite bei den Verhandlungen über den Abschluß von Betriebsvereinbarungen gemacht werden.
Gewerkschaftsredaktion

Not unserer Zeit alle gemeinsam tragen, und die als Lohnarbeiter nur gemeinsame Ziele haben können. Aus diesem Grund kann es auch keine besonderen „Beamtenräte“ geben. Die Nichtwahl von Betriebsräten bei Behörden und öffentlichen Verwaltungen müßte als Verstoß gegen das Kontrollratsgesetz gewertet werden. Die den Betriebsräten zustehenden Rechte stehen auch voll und ganz den Betriebsobmännern in den Betrieben von 5 bis 20 Arbeitnehmern zu. Von großer Wichtigkeit ist die Beteiligung der Frauen an der Betriebsrätearbeit. Leider stehen noch viele werktätige Frauen abseits des Gewerkschaftslebens. Und doch sind ge-

Begehrtes Südafrika

Unter den auf kolonialem Boden entstandenen Staaten spielt heute die Südafrikanische Union eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben. Ihre Bevölkerung besteht aus 2,3 Millionen Europäern und über 8 Millionen Eingeborenen. Das Land besitzt große Rohstoffquellen, deren Ausbeutung nun verstärkt werden soll, womit dem anlangensuchenden internationalen Kapital große Möglichkeiten geboten sind. Mit einer Goldförderung von nahezu 400 Tonnen im Jahr erreicht Südafrika fast die Hälfte der Weltproduktion. Ebenso wie nach dem ersten Weltkrieg Südamerika in die Reihe der Industrieländer eintrat, erlebt heute Südafrika eine starke industrielle Entwicklung, die sich besonders in der Schwer- und Metallindustrie und im Bergbau bemerkbar macht. Die Eisenindustrie sieht eine Verdoppelung ihrer Erzeugung auf jährlich eine Million Tonnen vor, und die Kupfer- und Bleiminen, sowie der bedeutende Kohlenbergbau sollen in ihrer Ausbeute weitgehend intensiviert werden. Es gibt keinen Industriezweig, der seine Produktion nicht vergrößert. 634 neue Fabriken sollen errichtet werden. Eine große Menge Maschinen werden benötigt.

Von besonderem Interesse ist die Herkunft des anlangensuchenden Kapitals, — zumal es sich überwiegend um langfristige Anlagen handelt, die mit wirtschaftspolitischer Einflußnahme verbunden sind, — und die Arbeiterfrage. Hauptlieferanten waren bisher England und die USA. 1946 stand England einer Gütereinfuhr im Wert von 264 Millionen Dollar an der Spitze, während die USA mit 228 Millionen an zweiter Stelle kam. Fraglos stehen sich hier zwei scharfe Konkurrenzkräfte gegenüber, denn England muß zum Ausgleich seiner Zahlungsbilanz den Export forcieren und erstrebt eine Steigerung seiner All-

rade sie zur Mitarbeit berufen, denn als Frauen und Mütter haben sie am schwersten zu fühlen bekommen, wohin das verderbliche kapitalistische Profitinteresse uns geführt hat. Um unsere demokratischen Ziele zu erreichen, muß vor allem die Betriebsjugend interessiert werden. Um das zu erreichen, sind die jungen Arbeiter in die praktische Betriebsarbeit unbedingt einzubeziehen. Es geht nicht an, daß man sie als unfertige Menschen bezeichnet und von der Verantwortung ausschaltet. Seit zwei Monaten ist es möglich, sie vom 14. Lebensjahr an in die Gewerkschaftsbewegung einzubeziehen; auch sind Bestrebungen im Gang, das Wahlbarkeitsalter auf 18 Jahre herabzusetzen.

Die Gewerkschaften setzen sich z. Zt. besonders dafür ein, daß in unserem Land raschestens die Arbeitsgerichte auf demokratischer Grundlage eingerichtet werden. Nachdem sich die Industrie- und Handelskammern trotz ihres öffentl. Charakters immer mehr zu einseitigen Instituten entwickelt haben, fordern die Gewerkschaften, daß endlich ernst gemacht wird mit der Umbildung der Kammern und mit der paritätischen Beteiligung der Gewerkschaften. Wenn auch die 25-prozentige Beteiligung zugesagt wurde, so steht diese unverändliche Geste des Unternehmertums bis heute nur auf dem Papier und man zieht es vor, unter sich zu tagen!

Alle diese Fragen sollen baldmöglichst auf einer Landes-Betriebsrätekonferenz durchberaten werden.

Stimmen der Ostzone

In seinen Ausführungen betonte Kollege Warnke (FDGB), daß es keine Demokratie gibt, solange sich die Wirtschaft in den Händen einiger Weniger befindet. In der Ostzone sei die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts wesentlich weiter vorgeschritten als im Westen. Die Arbeiterschaft der Ostzone habe keine Lust, die demokratischen Fortschritte dem internationalen Monopolkapital

Interzonenkonferenz der Gewerkschaften

Badenweiler. (Nach Südena) An der 5. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften nahmen außer den Delegationen aus allen vier Zonen und Groß-Berlin zwei Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes teil. Die Tagung wurde von Arbeitsdirektor Groß für die französische Militärregierung und Ministerialreferent Kappes in Vertretung des Badischen Staatspräsidenten begrüßt.

Im Vordergrund der Beratungen stand die Frage des Anschlusses an den Weltgewerkschaftsbund. Hierzu nahm die Konferenz einen Bericht der deutschen Delegation, welche in Prag teilgenommen hatte, entgegen. Der Beschluß des WGB wurde einstimmig begrüßt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde ein Arbeitsausschuß beauftragt, die Vorarbeiten für die Einberufung eines allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresses und damit zur Schaffung der vom WGB geforderten gesamtdeutschen Gewerkschaftsvertretung in Angriff zu nehmen, und der für den 21. bis 23. Oktober in der britischen Zone festgelegten 6. Interzonenkonferenz Bericht zu erstatten. Die Konferenz erwartete, daß alle Landes- und Zonengewerkschaftsbünde und die Industriegewerkschaften alles tun würden, um die im Beschluß des WGB zum Ausdruck gebrachten Grundsätze baldmöglichst zu verwirklichen.

Das künftige Schicksal der Werkstätigen und des deutschen Volkes hänge von der politischen Einheit Deutschlands, einer einheitlichen Wirtschaftsführung und einer einheitlichen sozialen Gesetzgebung ab. Die in den deutschen Gewerkschaften zusammengeschlossenen über 8 Millionen Werkstätigen bekundeten der Welt gegenüber ihren Willen zur Einheit und zum organisatorischen Zusammenschluß aller Schaffenden.

gemeinsam um 75 Prozent des Vorkriegsstandes. Dagegen hat Amerika seinen Warenexport nach Südafrika seit 1939 verdreifacht, und ist ebenfalls bemüht, seine Industriegüterausfuhr fortgesetzt zu erhöhen, um der schweren Ueberproduktionskrise seiner Wirtschaft Herr zu werden. Die USA-Wirtschaft will nicht nur seine Ueberproduktion absetzen, sondern das in den letzten Jahren zusammengelagerte und aus den Riesengewinnen gewachsene Kapital sucht Anlage, wofür ihm die halbkoloniale Wirtschaft Südafrikas als besonders günstiges Objekt erscheint. England aber ist stark verschuldet und seine Zahlungsbilanz befindet sich infolge des Verlusts des größten Teils seiner Devisenguthaben in einer äußerst prekären Lage. Das amerikanische Monopolkapital dürfte daher die südafrikanische Wirtschaft bald seinem Einfluß unterwerfen haben.

Bezeichnend für diesen Werdegang ist die Tatsache, daß die Löhne der eingeborenen Arbeiter sehr gedrückt sind, so daß das außerordentlich niedrige Lohnniveau dem in den Bergwerken und Fabriken anlagefindenden amerikanischen Kapital große Gewinne verspricht. Um diese Machtstellung zu sichern, wird von Seiten der herrschenden Klassen auf die eingeborene Arbeiterschaft ein starker wirtschaftspolitischer Druck ausgeübt, indem man Möglichkeiten des Arbeitskampfes durch Einschränkung der Koalitionsfreiheit und der wirtschaftlichen und sozialen Rechte weitgehend einengt. Auf diese Weise soll das Zustandekommen einer starken organisierten Arbeiterklasse verhindert und der Charakter des billigen und leicht auszubeutenden Kolonialarbeiters erhalten werden.

und damit den alten deutschen Konzerngehaltungen auszuliefern. Koll. Warnke berichtete von den landeseigenen Betrieben als einer völlig neuen Wirtschaftsform, und von der wirtschaftlichen Bedeutung der Betriebsräte in diesen Werken. Die reaktionären Kräfte würden sich in der Ostzone regen, aber es fehlten ihnen die Institutionen, um sich durchzusetzen. Insbesondere gebe es dort weder Konzerne noch Arbeitgeberverbände, und die Handelskammern seien aus Gewerkschaften, Unternehmern und Behörden paritätisch zusammengesetzte demokratische Wirtschaftskörperschaften, denen auch der Abschluß von Tarifverträgen zukomme. Das im Westen oft zugunsten der Arbeitgeberverbände vorgebrachte Argument für gleiches Recht auf Zusammenschluß müsse entschieden als irrig abgetan werden, denn es liegt heute offen vor aller Augen, daß gerade die in den Arbeitgeberverbänden herrschenden Kräfte die Schuld am Unglück des deutschen Volkes tragen.

Von besonderem Interesse sind die in der Ostzone tätigen Arbeitsschutzkommissionen der Gewerkschaften, welche die Betriebe laufend überprüfen. Die Unternehmer sind gesetzlich verpflichtet, die von den Kommissionen festgestellten Mängel sofort zu beheben. Es gibt keine besondere Frauenlöhne mehr. Wer eine bestimmte Arbeit leistet, erhält den dafür geltenden Tariflohn. Die Mitarbeit der Jugendlichen im Betriebsrat sichert die Festsetzung des Wahlbarkeitsalters auf 18 Jahre. Heute ist in der Ostzone jeder 10. Betriebsrat ein Jugendlicher.

Koll. Geisler (FDGB-Berlin), der als Delegierter für Berlin an der Interzonenkonferenz in Badenweiler teilnahm, sprach über die besondere Lage der Betriebsrätearbeit in Berlin und die zu überwindenden Schwierigkeiten, welche durch die Zonengrenzen gegeben sind.

„Kammer der Arbeitgeber“

Die Industrie- und Handelskammer Baden-Baden hat an ihre Mitglieder folgendes Schreiben gerichtet, das ihre Haltung gegenüber der Arbeiterklasse charakterisiert, und einen groben Verstoß gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 22 (Betriebsrätegesetz) enthält: „Die Kammer ist dahingehend informiert worden, daß in letzter Zeit Bestrebungen seitens der Gewerkschaften und der Betriebsräte im Gange sind, die den Abschluß von Betriebsvereinbarungen zum Ziele haben. Es wird in dieser Angelegenheit um sofortige Mitteilung gebeten, ob 1. derartige Vereinbarungen bereits getroffen wurden, 2. Vorschläge für eine solche Vereinbarung von der Arbeitnehmerschaft gemacht wurden. Wenn ja, bittet die Kammer in beiden Fällen um Ueberlassung einer Abschrift. Die Kammer hält es für zweckmäßig, von Einzelabschlüssen so lange Abstand zu nehmen, bis entweder die nach ausstehenden Durchführungsbestimmungen zum Betriebsrätegesetz erlassen sind, oder eine generelle Regelung dieser Frage durch die Landesregierung verfügt ist. Es dürfte überdies angebracht sein, diese Frage den Fachvereinigungen zu unterbreiten.“

Der Präsident: gez. Dr. Schlapper
Der Geschäftsführer: gez. Ihle.

Der Arbeiter und Gewerkschafter weiß nun, was er von den Fachverbänden und von den Industrie- und Handelskammern zu halten hat. Die Maske ist gefallen. Handelskammern und Fachverbände zeigen sich als Arbeitgeberverbände reinsten Wassers. Die Gewerkschaften und Betriebsräte nehmen diese Herausforderung an. Sie wissen, daß der Abschluß von Betriebsvereinbarungen künftig mehr denn je durch den Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte unseres Landes erkämpft werden muß und wird.

Ernteausichten in Südbaden

Freiburg. Das Ministerium für Landwirtschaft gibt bekannt: Die Erwartungen für die diesjährige Getreideernte werden durch die anhaltende Trockenheit enttäuscht. Infolge der Trockenheit ist das Getreide notförmig geworden und in den ausgesprochenen Trockengebieten sind die Körner klein geblieben, wodurch der gewichtsmäßige Ertrag stark gedrückt wird. Ein wenig erfreuliches Bild bieten die Bestände an Hafer und Sommergerste besonders in der Rheinebene und im Bodenseegebiet. Ein ausgesprochenes Trockengebiet ist der vordere Teil der Landkreise Lörrach, Müllheim und Freiburg.

Zum Lörracher Parteitag

Wir setzen den Abdruck der dem südbadischen Parteitag vorliegenden Resolutionsentwürfe fort:

Kirche und Religion

Der Glaube ist eine persönliche Angelegenheit des einzelnen Menschen. Zu diesem Grundsatz aller Sozialisten bekennt sich auch die KP. Badens. Ihre programmatische Forderung nach Gewissens- und Gesinnungsfreiheit verpflichtet sie zur Toleranz aller Bekenntnisse und Weltanschauungen.

Der christliche Glaube und die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sind kein Hinderungsgrund für das Bekenntnis zum Sozialismus und für die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei.

In allen Ländern Europas und in der ganzen Welt gibt es Millionen Sozialisten und Kommunisten, die praktizierende Christen sind. Auch bei uns in Deutschland haben viele aufrechte Christen, ja selbst Geistliche, gerade aus ihrer religiösen Grundhaltung heraus den Weg zum Sozialismus gefunden, weil sie überzeugt sind, daß die sozialistische Neuordnung der menschlichen Gesellschaft der Ausbeutung der Menschen durch Menschen ein Ende macht, weil sie wissen, daß in der sozialistischen Ordnung kein Raum mehr ist für Herren und Knechte, für Rassenvorurteile und Klassendünkel, für imperialistisches Machtstreben und nationalistische Verhetzung, für Krieg und Völkermorden. Sie haben erkannt, daß am Ende des sozialistischen Kampfes die Voraussetzungen geschaffen sein werden für eine klassenlose Gesellschaft, für die brüderliche Gemeinschaft der Menschen untereinander und den Frieden auf Erden. Darum kämpfen sie als Christen für die Verwirklichung des Sozialismus.

Es gibt keinen „christlichen Sozialismus“ und kein „sozialistisches Christentum“. Aber es gibt Sozialisten, die Christen geblieben sind, und Christen, die den Weg zum Sozialismus, zum wissenschaftlichen Sozialismus gefunden haben.

Es gibt keine christliche Partei, aber Christen in alle politischen Parteien.

Die christlichen Arbeiter und Angestellten, die Bauern und Handwerker, die werktätigen Frauen im Haushalt, in Fabriken und Büros gehören in die sozialistischen Parteien, weil dort um die Interessen ihres Lebens gekämpft wird. Die christliche Jugend aller Schichten unseres Volkes muß sich für den Sozialismus einsetzen, weil die Zukunft nur sozialistischen Grundsätzen gestaltet werden wird. Die Christen der intellektuellen Berufe müssen Sozialisten sein, weil das Zu-Ende-Denken der Probleme unserer Zeit ihnen die Unzulänglichkeit der zum Untergang bestimmten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der kommenden sozialistischen Neuordnung deutlich vor Augen führt.

Die Kommunisten lehnen jeden Versuch, zwischen Marxismus und Christentum trennende Mauern aufzurichten, mit aller Entschiedenheit ab. Marxisten und Christen müssen Schulter an Schulter trotz aller Schwierigkeiten für den demokratischen Neuaufbau eines geeinten Deutschlands und für die Ueberwindung der gegenwärtigen Not kämpfen.

Die KP. begrüßt alle christlichen Männer und Frauen als vollwertige Mitglieder in ihren Reihen, die sich für die sozialistische Zukunft einsetzen bereit sind.

Auch die Aussichten an Futterpflanzen sind sehr ungünstig, wenn nicht bald Regen fällt, weil dann ein zweiter Schnitt vollkommen ausfällt. Zahlreiche Betriebe verfüttern infolge des Mangels an frischem Grünfütterer bereits seit Wochen Heu, das dann im Winter fehlen wird. Hauptsächlich auf diese Trockenfütterung ist auch der allgemeine Rückgang des Milchtrags zurückzuführen. Die Oelisaaten haben durch die Auswinterung gelitten.

Barometer des Kapitalismus

Der Kapitalhandel wittert Morgenluft, und die deutschen Monopolisten hoffen als „Juniorpartner“ des anglo-amerikanischen Großkapitals wieder das Heft in die Hand zu bekommen. Die nachstehenden Börsenberichte geben interessante Aufschlüsse.

Hamburger Börse: Unter dem Eindruck der angekündigten Anleihe für das Ruhrgebiet, der in Aussicht genommenen Einbeziehung Deutschlands in den Marshall-Plan und der in Kürze zu erwartenden Erhöhung der Industriekapazität entstand an den deutschen Börsen eine Aufwärtsbewegung, die in Kurssteigerungen bis zu 23,5 Punkten ihren Ausdruck fand.

Frankfurter Börse: Die Ankündigung einer Anleihe für den Ruhrkohlenbergbau löste am Aktienmarkt eine Kurssteigerung aus, die sich stärker auszeichnete, als Einzelheiten aus den Direktiven für General Clay bekannt wurden.

Münchener Börse: Die Börse stand im Zeichen einer allgemeinen Aufwärtsbewegung, die sicher mit den hoffnungsvollen politischen Nachrichten zusammenhängen dürfte.

Die Aktien steigen. Es lohnt sich also wieder, Werte der eben noch todkranken Wirtschaft zu kaufen. Gewinne winken: 300 Millionen Dollar für die Ruhr, 100 Millionen Dollar für die Finanzierung des Exportprogramms. Die Existenz des Kapitalismus, die den Unternehmern gleich nach dem Zusammenbruch in Deutschland gar nicht mehr so sicher schien, ist in ihren Augen durch solchen Dollaraufwand garantiert, und andererseits betrachten sie die drohende Sozialisierung als erledigt.

Die Arbeiterschaft braucht deshalb noch lange nicht die Flinte ins Korn zu werfen. Wenn sie aus den vielen Zeichen, die den Vormarsch der Reaktion kündigen, den Schluß zieht, daß wir näher zusammenrücken und gemeinsam gegen gemeinsame Feinde kämpfen müssen, dann werden die Blüthenräume der Reaktion niemals reifen. Eine geeinte Arbeiterschaft ist stark genug, die Sozialisierung gegen alle Widerstände zu erzwingen.

